

Infos

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die : Lesbenzeitschrift**

Band (Jahr): - **(1996)**

Heft 1

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweiz

SVP-Hetzkampagne

Nach dem sogenannten «Messerstecher»-Inserat hat die Zürcher SVP diesen Sommer eine neue Hetzkampagne lanciert, die sich diesmal gegen verschiedene Gruppen, die sie als «Randgruppen» bezeichnen, richtet. Anlass waren die separaten Verrechnungskosten von gewissen Zusatzleistungen in Zürcher Altersheimen, welche die SVP als «Strafpunktesystem» bezeichnet. In verschiedenen Inseraten behauptete die Partei, dass hier «auf dem Buckel der Alten» gespart werde, u. a. indem «Randgruppen» «Millionen unsinniger Subventionen» erhielten. Als Beispiel zählen sie auf: die Lesbenbibliothek, Lesbenberatung und Lesbenzeitschrift «Frau ohne Herz» im autonomen Frauenzentrum und die ZAGJP, die eine Infobroschüre für ausländische Strichjungen herausgegeben hat. In diesen Inseraten wurde zu Senioren-Nachmittagen eingeladen, an denen bei Kaffee und Kuchen über diese Sache «informiert» werde.

In gewohnter Manier betreibt die SVP hier übelste Propaganda: sie informiert die Leute falsch (z. B. ist die Bibliothek im FZ eine Frauen- und Lesbenbibliothek, die Subventionen für erwähnte Projekte sind sehr bescheiden) und verknüpft Dinge miteinander, zwischen denen kein Zusammenhang besteht. Und neben der bekannten Hetze gegen AusländerInnen und FixerInnen, nimmt die SVP nun auch die Lesben und Schwulen ins Visier. Der (mehrheitlich bürgerliche) Zürcher Gemeinderat liess sich auf diese Kampagne aber nicht ein und hat Anfang September mit klarem Mehr dem Frauenzentrum für weitere 3 Jahre Subventionen von jährlich 248 000.–Fr. zugesprochen.

LOS-News

Die Lesbenorganisation (LOS) ist weiterhin sehr aktiv. Sie engagiert sich z. B. stark in der Lobbying- und Öffentlichkeitsarbeit für die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» und schlägt auch vor, den nächsten CSD auf dem Bundesplatz in Bern zu feiern, da dort bald ein Entscheid zur Petition bzw. zum Postulat gefällt wird. (s. dazu auch nächstes Info). Des Weiteren hat die LOS dem Bundesrat eine Stellungnahme geschickt zum Vernehmlassungsverfahren über das Humanmedizin-Gesetz, das Lesben als Eltern explizit ausschliessen will. Diese Stellungnahme wurde aber nicht berücksichtigt.

Die LOS ist im Moment auch in einer Reorganisations-Phase: Durch den zunehmenden Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit und eine wachsende Anzahl Mitfrauen sind neue Organisationsstrukturen nötig geworden, die jetzt erarbeitet werden. Dabei sollen v. a. auch die Mitfrauen mehr einbezogen werden. Zudem treten auf Ende Jahr die 5 Vorstandsfrauen zurück. Frauen, die interessiert sind im Vorstand oder sonst aktiv mitzuarbeiten, können Kontakt aufnehmen über: LOS/OSL, Postfach 73, 4009 Basel oder Tel. 061/331 30 38. (LOS-Rundbrief 2/96)

Petition für gleiche Rechte

Am 13. Juni hat der Nationalrat über die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare», welche im Januar 95 mit 85 000 Unterschriften eingereicht worden war, debattiert (s. foh 35/96). Schon von der Kommission für Rechtsfragen unterstützt, hat nun auch die Bundesversammlung die Petition mit 68 gegen 61 Stimmen als Postulat an den Bundesrat zur Prüfung überwiesen. (Dass das Resultat so knapp ausfiel, hatte u. a. damit zu tun, dass selbst PetitionsuntersreiberInnen und -unterstützerInnen bei der Abstimmung abwesend waren. Ob und wie weit sie sich schliesslich dann für eine Veränderung einsetzen werden, wird sich zeigen.) Der Bundesrat hat nun zu prüfen, wie rechtliche Benachteiligungen von Lesben und Schwulen beseitigt werden können. Ganz klar abgelehnt, mit 92 gegen 30 Stimmen, wurde die Petition der ultrarechten EDU «Für die Förderung gesunder Familien und gegen die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare».

Familien unterstützen Lesben und Schwule

Erstaunt darüber, dass bei der Übergabe der Petition «Gleiche Rechte...» vor dem Bundeshaus fast ausschliesslich Lesben und Schwule und kaum Eltern oder Bekannte anwesend waren, haben die Eltern einer Lesbe beschlossen, eine Unterstutzungsgruppe für Lesben und Schwule aufzubauen. Eltern, Verwandte und FreundInnen sollen sich zusammenschliessen, um Lesben und Schwule in ihren Bemühungen um gleiche Rechte zu unterstützen. Adr.: Hanna und Walter Keller, Lindenrain 37, 3123 Belp. Tel. 031/819 12 51.

Neue Lesbentreffs

Initiiert von HAZ-Lesben, sind in Zürich zwei neue Lesbentreffpunkte entstanden. Lesben der «Woman to Woman», die sich inzwischen von den HAZ gelöst haben, treffen sich jeden 2. Mittwoch ab 20.15 Uhr im Frauenzentrum, Mattengasse 27, zu einer offenen Gesprächsrunde. Und jeden Mittwoch trifft sich die Les-Bi-Gruppe «Wednesday» um 20 Uhr im Gay-Café «Tabu», Josefstr. 142, zu Diskussionen und Austausch. Diese Gruppe ist nach wie vor in den HAZ und bietet auch Beratungsgespräche an. Tel. 01/272 85 86. Ausserdem gibt es seit Neujahr die erste Frauenbar der Schweiz, die jeden Tag offen hat: die «Venus», an der Badenerstr. 219, ab 17 Uhr.

Coming-Out-Gruppe

Die Lesbenberatung Zürich organisiert regelmässig Coming-Out-Gruppen. Frauen, die sich zu andern Frauen hingezogen fühlen, die gerne mit Frauen über ihre Lebensweise reden möchten, die in ihrer geschlechtlichen Identität verunsichert sind, usw., sind herzlich zu diesen Gruppen eingeladen. Nächster Termin: Sa, 26. Okt., 14 Uhr plus weitere Samstagnachmittage, im Frauenzentrum Zürich, Mattengasse 27. Tel. 10/272 73 71, Do 18–20 Uhr.

Netzwerk 40

In der Region Basel soll ein Netzwerk für Lesben über 40 entstehen. Die Idee: Kontakte, Austausch, gegenseitige Unterstützung und gemeinsame Aktivitäten verschiedenster Art, bei denen jede ihre Interessen und Fähigkeiten einbringen kann. Kontakt: LIBS «Netzwerk», Postfach 355, 4021 Basel.

Lesben und HIV/Aids

Im Rahmen des Aktionsprogramms «Gesundheit von Frauen – Schwerpunkt HIV-Prävention» des Bundesamts für Gesundheitswesen, möchte das Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Uni Zürich eine Info-Broschüre schaffen. Deshalb haben Margrit Schmid (Ärztin des Instituts) und Lucia Meier von der Aids-Hilfe Schweiz einen Fragebogen ausgearbeitet, um abzuklären, wie gut die Kenntnisse der Lesben zum Ansteckungsrisiko sind und wo das Bedürfnis nach spezifischer Information besteht. Fragebögen sind erhältlich bei: Margrit Schmid, Institut für Sozial- und Präventivmedizin, Sumatrastr. 30, 8006 Zürich, Tel. 01/257 66 54 oder bei Lucia Meier, Aids-Hilfe Schweiz, Konradstr. 20, 8005 Zürich, Tel. 01/273 42 42 (siehe auch Artikel in der foh 35/96).

Blutspendeverbot für Schwule

Diesen Sommer hat der Bundesrat eine neue Verordnung über die Kontrolle von Blut, Blutprodukten und Transplantaten herausgegeben, in der (auch dank Protesten des Schwulenbüros Pink Cross) bezüglich HIV-Infektionen nicht mehr von «Risikogruppen», sondern von «Risikoverhalten» gesprochen wird. Nichtsdestotrotz hält das *Rote Kreuz Zürich*, das für das Blutspenden verantwortlich ist, daran fest, dass Schwule vom Blutspenden ausgeschlossen bleiben sollen. Verschiedene Protestschreiben und eine Aktion von Pink Cross am 26. Juni vermochten nichts zu bewirken. Das Rote Kreuz hält an seiner Meinung fest: Die Wahrscheinlichkeit einer HIV-Infektion sei bei Schwulen von allen Bevölkerungsgruppen am grössten.

Psychiatrie und Homosexualität – ein Aufruf zur «Vergangenheitsbewältigung»

In der Schweizerischen Ärztezeitung (Heft 28/1996, S. 1184/85) gibt Tedy Hubschmid (Chefarzt der Universitären Psychiatrischen Dienste Bern) den Anstoss, die Ansichten über Homosexualität in der Psychiatrie endlich nach dem heutigen Stand des Wissens zu revidieren, wie das im Bereich der Theologie nun seit längerem gemacht werde. (Der Artikel basiert auf einem Vortrag im Berner Arbeitskreis Psychiatrie – Theologie.)

Obwohl widerlegt, hielten sich viele der veralteten Lehrmeinungen vor allem deshalb hartnäckig, weil etablierte MedizinerInnen und PsychiaterInnen sich auffallend zurückhalten würden, wenn es darum ginge, die neuen Erkenntnisse anzunehmen und zu verbreiten. *rs*

Homostudien

In Zürich haben die HAZ, das «schwulenarchiv schweiz» und das schwule Hochschulforum «zart und heftig» die «Koordinationsstelle Homosexualität und Wissenschaft» gegründet. Dieses will wissenschaftliche Arbeiten im Bereich Homosexualität fördern und als Anlaufstelle für Medien, Politik und Öffentlichkeit dienen. Es soll auch zu neuen Studien und zum Austausch angeregt werden, mit dem Ziel, den interdisziplinären Forschungszweig Homostudien in der Schweiz zu etablieren. Das Pilotprojekt umfasst vorerst eine auf ein Jahr befristete Stelle eines wissenschaftlichen Koordinators. Infos: «Koordinationsstelle Homosexualität und Wissenschaft», Postfach 7218, 8023 Zürich. Tel 01/252 46 56. (WoZ, Juli 1996)

Lesbische und schwule Basiskirche

Jeden 3. Sonntag im Monat findet in der Offenen Kirche Elisabethen in Basel ein offener Lesben- und Schwulengottesdienst statt. Einsingen um 17.45 Uhr, Gottesdienst um 18 Uhr. Infos: 061/681 80 57 (Anita Kuster).

EMANZIPATION muss aufgeben

Nach über 20 Jahren muss eine der ältesten feministischen Zeitschriften, die EMANZIPATION, ihr Erscheinen einstellen! Die Nummer 6 wird die Abschiedsnummer sein. Eine Stimme, die ihren festen Platz in der frauenbewegten Öffentlichkeit zu haben schien, hat die Rezession leider nicht überlebt. In der nächsten Ausgabe der *die* Näheres dazu.

Förderpreis für Gleichstellung

Der Zürcher Stadtrat hat einen Förderpreis für die Gleichstellung von Frau und Mann geschaffen. Jährlich sollen innovative Gleichstellungsmodelle und -Projekte mit einem Preis von Fr. 10 000.– ausgezeichnet werden, erstmals 1997.

International

WWW: World Wide Women

Wer an weltweiten e-mail-Adressen von Frauenorganisationen interessiert ist, erfährt mehr auf der Internet-Adresse: WOMENSNET@IGC.APC.ORG. (Lesbia Magazine 150, 6/96)

Generell einfach

Da in Frankreich keine signifikanten Studien über die Anzahl der homosexuellen Bevölkerung vorliegen, hat man sich der (wohl allzu einfachen) Einfachheit halber entschlossen, die Zahl der Homosexuellen in Frankreich und auch anderswo mit 8–10 % der Bevölkerung anzunehmen. Natürlich ungeachtet eventuell ausschlaggebender Tatsachen wie Geschlecht, Religion, Nationalität, Beruf etc.! (Lesbia Magazine 151, 8/96)

Neuseeland zählt homosexuelle Paare

Etwas genauer als die Franzosen nehmen es die Neuseeländer mit der Anzahl der homosexuellen Bevölkerung. Bei der nächsten Volkszählung in Neuseeland sollen anscheinend auch homosexuelle Kiwis erfasst werden. Allerdings nur solche, die paarweise zusammenleben. (ILGA 2/96)

Einwanderungsprobleme

Adressen von Gruppen, die sich mit Einwanderungsproblemen von Lesben und Schwulen befassen:

The Gay and Lesbian Immigration Task Force, GPO 415, Sydney 2001, NSW, Australia

LEGIT (Lesbian and Gay Immigration Task Force), POB 384, Vancouver, B.C. V6C 2N2, Canada

Lesbian and Gay Immigration Rights task Force Inc. c/o Lambda Legal Defense and Education Fund, 666 Broadway 12th Floor, New York 10012, USA

Stonewall Immigration Group, 2 Greycoat Place, Westminster, London SW1P 1 SB, UK, Tel. 0044171 222 90 07/Fax 222 05 25.

Jubiläum von LOLApress

Am 20. Mai 1996 feierte LOLApress, eine der wenigen internationalen, feministischen Zeitschriften das Erscheinen der 5. Ausgabe. LOLApress träumt von einem weltweit funktionierenden Frauennetzwerk

und versucht mit der Arbeit von Frauen aus unterschiedlichen Ländern und Kontinenten an einer gemeinsamen Zeitung, diesem Traum näher zu kommen. Bis vor kurzem wurde sie aus der «Frauenanstiftung» finanziert, einer feministischen Stiftung, die ausschliesslich von Frauen verwaltet und betrieben wurde. Im Juni dieses Jahres hat diese ihre Unabhängigkeit aber aufgeben müssen und ist in die «Heinrich-Böll-Stiftung» übergegangen. Die weitere Finanzierung von LOLApress ist daher noch unklar. Bisher ist das Blatt zweimal jährlich erschienen, die Redaktorinnen möchten die Erscheinungshäufigkeit aber erhöhen und die Zeitschrift neben Spanisch und Englisch in einer weiteren Sprache publizieren. LOLApress sucht Leserinnen, Leserinnenzuschriften, kompetente Frauen, die Beiträge und nicht zuletzt Ideen zur weiteren Finanzierung liefern. Kontakt: LOLApress Berlin, Friedrichstrasse 165, 10117 Berlin, Tel./Fax: 030-609 37 19. (UKZ 8/9 1996)

Australien

Lesbe muss Alimente zahlen

Zum ersten Mal ist eine Lesbe dazu verurteilt worden, ihrer früheren Lebenspartnerin Unterhalt für zwei Kinder zu zahlen, die durch künstliche Befruchtung gezeugt worden waren. Der höchste Gerichtshof von Neusüdwalles entschied, dass die Frau umgerechnet 170 000 DM Alimente zahlen muss. Das Urteil wurde von der Gesellschaft für die Rechte der Homosexuellen begrüsst. (Ellas ketCH-up, 29. 3. 96)

Deutschland

Rassismus und Sexismus am CSD

An den diesjährigen Christopher Street Day in Berlin war u. a. die bedeutende und im englischen Sprachraum bekannte Schwarze Performance-Künstlerin *Storme Webber* eingeladen worden. Als sie (wegen Parkproblemen) zusammen mit der Vermittlerin ihres Auftritts, Mahide Lein, 5 Minuten später als vereinbart hinter der Bühne eintraf, wurde ihr von schwulen Mitorganisatoren mit arrogantem Grinsen mitgeteilt: «Wer

zu spät kommt, muss sehen wo er bleibt, wir arbeiten hier professionell. Da wo ihr herkommt, gibt's das wohl nicht...» Storme käme hier an wie die «Queen von Sheba», was sie sich eigentlich einbilde – der Zeitplan des Programms müsse eingehalten werden (als nächstes waren 1 1/2 Stunden Disco angesagt!) Trotz langer Diskussionen wurde Storme Webber nicht auf die Bühne gelassen und auch das (kleine) vereinbarte Honorar von 500.– DM wurde ihr nicht ausbezahlt. – Schade, dass es Mitorganisatorinnen und Zuschauerinnen nicht geschafft haben, die Bühne zu besetzen oder sonstwie Storme Webbers Auftritt zu ermöglichen. Die Adresse für Protestschreiben ans Organisationsbüro, gegen dessen rassistisches und sexistisches Verhalten: «Sonntagsclub» e. V., Michael Unger, Rhinowerstr. 8, 10437 Berlin. (UKZ 8/9 1996)

Lesbische Unternehmerinnen

Im Raum Köln/Bonn haben sich lesbische Unternehmerinnen und Freiberufliche unter dem Namen *Amigas* zu einem Verein zusammengeschlossen. Ziel ist es, sich gegenseitig mit Fachwissen zu unterstützen, untereinander Geschäftsbeziehungen zu knüpfen und lesbische Kundinnen anzusprechen. Infos: Gabi Fenner, Tannenbergstr. 7, 51465 Bergisch-Gladbach. Fax 0 22 02 / 54205. (UKZ 6/7 1996)

Sitz für Rosa Liste

In den diesjährigen Kommunalwahlen im konservativen, katholischen München gelang es der Lesben-/Schwulenliste *Rosa Liste* einen Sitz zu erringen, der nun von Thomas Niederbühl besetzt wird. Für die lesbische Kandidatin Helga Heumann hat's leider nicht gereicht. (HFZ 49/96)

Alternative Heilprojekte

In Hamburg trafen sich letzten Winter 5 Frauen, die verschiedene Projektideen verfolgen, «Heil-Orte» für Frauen einzurichten, die an ihrer Heilung der Auswirkungen sexueller Gewalterfahrungen arbeiten wollen. Es könnten z. B. Höfe auf dem Land entstehen, die die Lücken zwischen den wöchentlichen Therapiestunden und dem Alltag der Frauen im Heilungsprozess schliessen sollen. Angestrebt wird ein bundesweites Aus-

tauschtreffen und ev. ein Zusammenschluss. Kontakt: Sphinx e. V., Schützenstr. 54, 22761 Hamburg. (UKZ 6/7 1996)

Feministische Adressen-CD Rom

Soeben ist «FRAUENNETZE 97 – die frauenpolitische Datenbank» erschienen. Die CD-ROM enthält über 4300 Adressen und Infos zu deutschen Einrichtungen und rund 1000 internationale Einträge: Netzwerke, Projekte, Bildungseinrichtungen, Fach- und Berufsverbände, Beratungsstellen, Verlage, Kulturhäuser u. v. m. Die Einrichtungen sind z. T. durch Themenschlagworte gekennzeichnet und zusätzlich informieren Selbstdarstellungen. Es gibt zahlreiche Suchmöglichkeiten für den Zugriff auf Adressen, Inhalte, Rubriken etc. Systemvoraussetzungen: DOS ab Version 3.3 und Windows ab Version 3.1. Kosten: 95.– DM plus Porto. Bestellungen: die media – Helga Dickel u. Carolina Brauckmann, Marienplatz 4, 50676 Köln. Tel. 0221/240 86 75, Fax 240 86 76.

8. Feminale

Zum 8. Mal findet vom 2.–6. Oktober in Köln das internationale *Frauenfilmfestival* statt. Programmpunkte sind: aktuelle europäische Produktionen, Länderprogramm Israel und Palästina, Filme zu Frauen im Krieg, Lesbenfilme, Animationsfilme, Festival der Kritikerinnen, Jugendfilmforum. Begleitet wird das ganze von einem breiten Rahmenprogramm. Infos: FEMINALE e. V., Hansaring 86, 50670 Köln. (HFZ 49/96)

Frankreich

Lesbenfilmfestival

Vom 30. Oktober bis 3. November findet in Paris das 8. Lesbenfilmfestival «Quand les lesbiennes se font du cinéma» statt. Neben den Filmen von bzw. über Lesben wird ein grosses Rahmenprogramm aus allen Bereichen der Lesbenkultur, z. B. Kunst und Politik, Unterhaltung und Verpflegung, geboten. Ort: Espace Culturel André Malraux, 2, Place Victor Hugo, Métro Kremlin Bicêtre. (Lesbia Magazine 151, 8/96)

Irland

Asylgrund Sexuelle Orientierung

Laut Glen (Gay and Lesbian Equality Network) in Dublin, wird in Irland seit kurzem die Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung als Asylgrund anerkannt. Erstaunlich, für ein so stockkatholisches Land! (ILGA Bulletin, zit. in UKZ 2/3 1996)

Italien

Anti-Gay-Bewegung

Nachdem letztes Jahr das Europa-Parlament eine Resolution zur Verbesserung der Rechte für Lesben und Schwule verabschiedet hat, hat sich in Italien eine grosse Anti-Gay-Bewegung formiert. Innert kurzer Zeit sammelte ein «Komitee zum Schutz der natürlichen und christlichen Familie» 70 000 Unterschriften gegen diese Resolution. Das Komitee betrachtet Homosexualität als abnorm und als Sünde. Unterstützung kommt hier z. T. auch von der Lega Nord und von Forza Italia. Im Gegenzug dazu hat nun die lesbisch/schwule Dachorganisation ARCIGAY-ARCILESBICA eine Petition lanciert. In dieser fordert sie das italienische Parlament auf, gestützt auf die Resolution des Europa-Parlaments, Gesetze zu erlassen, welche Lebensformen von Lesben und Schwulen anerkennen. Die Organisation bittet um Unterstützung ihrer Arbeit aus aller Welt. Adr.: ARCIGAY-ARCILESBICA, Segreteria Petizione, Piazza di Porta Saragozza 2, 40123 Bologna. (LesHomos 6/96)

Japan

Lesbengruppe in Tokio

Eine in Japan sehr aktive Lesbengruppe ist «Regumi Studio Tokyo». Die Organisation will in Japan ein Unterstützungsnetzwerk für Lesben aufbauen, um auf diese Weise das Selbstwertgefühl von Lesben zu stärken und das Nachdenken über lesbische Identität anzuregen. Verbreitung korrekter Informationen über Lesben und organisierter Widerstand gegen Diskriminierung sind weitere Ziele. «Regumi Studio Tokyo» gibt zudem die Zeitschrift «Regumi Tsushin» heraus, bedient ein Beratung-

stelefon, organisiert Gesprächsrunden und Ausflüge und führt ein Lesbenarchiv und eine Lesbenbibliothek. (ILIS, Vol.17, 1/96)

Kanada

Nach einem langen Prozess wurde im Fall der diskriminierenden Buchzensuren des kanadischen Zolls gegenüber der lesbischschwulen Buchläden «Little Sister's» in Vancouver (siehe Info foh 35/95) ein Urteil gefällt. Das oberste Gericht von British Columbia unterstützt weiterhin die Zollbehörden was die Zensuren von sog. «obszönen» Publikationen betrifft. Die Richter gestehen jedoch ein, dass die lesbischschwulen Buchläden auf eine diskriminierende Art und Weise behandelt worden seien. Diese diskriminierende Behandlungsweise der kanadischen Zollbehörden hat einen weltweiten Protest prominenter AutorInnen und Bürgerrechtsorganisationen hervorgerufen. (ILGA 1/96)

Österreich

«L(i)eben gegen den Strom»

Seit mehr als 15 Jahren kämpft die österreichische Lesben- und Schwulenbewegung für die Abschaffung dreier lesben- und schwulenfeindlicher Paragraphen im österreichischen Strafrecht. Diese verbieten z. B. «gleichgeschlechtliche Unzucht», Verbindungen die diese «Unzucht» fördern und haben die Mindestaltersgrenze für Schwule auf 18 Jahre festgesetzt (für Lesben und Hetis bei 14 Jahren). Die Aufhebung dieser Paragraphen wird ständig durch das Veto der ÖVP in der Regierung blockiert. Am 6. österreichischen Lesben- und Schwulenforum, das vom 1. bis 3. Nov. stattfindet, unter dem Titel «L(i)eben gegen den Strom», wird dies ein Hauptthema sein, neben Themen wie Familie, Gesundheit und Homophobie. Infos: ÖSLV, PF 53, 1093 Wien.

Polen

Lesbenarchiv

Im seit März bestehenden «Haus der Frauen» in Lodz (ein Informations-, Dokumentations- und Beratungszentrum) soll das erste polnische Lesbenarchiv entstehen, das OLA-Archiv. Es soll eine Plattform werden, wo Lesben ihre persönliche und eine Gruppenidentität entwickeln können und soll den Lesben in Polen helfen sichtbar zu werden. Wichtig sind dabei auch Infos in Form von Zeitschriften, Büchern, Videos, Fotos etc. und der Austausch mit Lesben aus aller Welt. Kontakt: Olga Stefaniuk, 91-851 Lodz, ul. Sukiennicza 7m 70, Polen. Tel./Fax 00 48 42/57 82 62. (UKZ 6/7 1996)

Portugal

Definitionsschwierigkeiten

Im führenden und meist verwendeten Wörterbuch von Portugal – es wird unter anderem auch in tausenden von Schulen, Universitäten und Bibliotheken benutzt – wird Homosexualität noch als Inversion (Umkehrung des Geschlechtstriebes) angegeben und weibliche Homosexualität gar als Aberration (starke Abweichung bzw. Anomalie von der ursprünglichen biolog. Art) definiert. Dies provozierte verschiedene Organisationen von Lesben und Schwulen zu Demonstrationen auf den Strassen von Lissabon. Nach den Protestmärschen versicherten die Editionsverantwortlichen des herausgebenden Verlages, dass man die diskriminierenden Definitionen bei der nächsten Ausgabe «beachten» werde. Hoffen wir's. (ILGA 1/96)

Südafrika

Antidiskriminierungsgesetz von Schwulen und Lesben verfassungsmässig verankert

Trotz massiven Protesten von Seiten gläubiger ChristInnen und MuslimInnen, hat das Südafrikanische Parlament am 8. Mai 96 die neue Verfassung gutgeheissen, welche u. a. Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung verbietet. Der Af-

rican National Congress (ANC), der über sechzig Prozent der Parlamentssitze hält, hat sich für das Gesetz stark gemacht. Dies vor allem dank jahrelangem Engagement von Schwulen und Lesben in der Anti-Apartheid-Bewegung. Auch Erzbischof Desmond Tutu hat auf die Dringlichkeit der verfassungsmässigen Verankerung dieses Gesetzes hingewiesen und den Ausschluss von Schwulen und Lesben aus der Kirche als «Schande» bezeichnet. (ILGA 2/96)

Türkei

Sisters of Venus – Venüs'ün Kizkardeşleri

Im Juli 1994 schlossen sich in Istanbul drei Frauen zusammen, um eine Lesbengruppe zu gründen: die Sisters of Venus. Die Gruppe wuchs (vgl. Text und Interview in: IHRSINN Nr. 12/95, S. 9-17), hat aber das Problem, nicht offiziell für Rechte und gegen die Abschaffung der Diskriminierung kämpfen zu können, da politisch und sozial fast jede Unterstützung fehlt – die Türkei ist bekanntlich keine Demokratie. 1993 wollten in Istanbul einige Lesben und Schwule (von der Gruppe Lambda) zusammen eine internationale Tagung zum Christopher Street Day (CSD) durchführen. Alles war bereits organisiert, da verbot die Polizei die Durchführung. Die OrganisatorInnen wurden verhört und die ausländischen ReferentInnen des Landes verwiesen (vgl. Lambda Nachrichten Nr. 4/93, S. 57/58). Aus den erwähnten Vorfällen haben die Sisters of Venus die Lehre gezogen, sehr vorsichtig abzuwägen, ob und wie sie an die Öffentlichkeit gelangen wollen/können. Auch im Ausland kann das offensive Verhalten lesbischer oder schwuler AktivistInnen, wenn sie sich in Sachen Homosexualität auf den türkischen Staat beziehen, zu Repressalien durch den Staat einerseits und zur Bedrohung durch fundamentalistische muslimische Kreise andererseits führen (vgl. frau anders Nr. 9/92, S.1). Zu den Spuren von Lesben und Schwulen sowohl in der heutigen als auch in der traditionellen türkischen Gesellschaft siehe den Artikel in einer früheren Ausgabe des LesbenStichs (Nr. 3/91, S.4/5)

Ungarn

Osteuropa zeigt den Weg

Ungarns Parlament hat ein neues Gesetz verabschiedet, das die gleichgeschlechtliche Partnerschaft anerkennt (siehe auch Info foh 35/95). Dieses neue Gesetz erlaubt den homosexuellen Paaren künftig, bei Todesfall zu erben und Witwenrente zu beziehen. Als einziger Unterschied zu der heterosexuellen Partnerschaft bleibt das Adoptionsverbot. (ILGA 2/96)

U.S.A

«Antigay»-Kampagne

Die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Heirat in Hawaii hat nicht nur für homosexuelle Paare Folgen. Allerdings können sie von einer Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft profitieren, die sogar die skandinavische «registrierte Partnerschaft» noch übertrifft, da sie den Paaren alle Heiratsrechte gewährt, also auch kirchliche Hochzeit, Adoptionsrecht und das Recht auf künstliche Insemination. Leider sind dies nicht die einzigen Folgen dieser Legalisierung. Denn was dem US-Bundesstaat Hawaii recht ist, muss es von Gesetzes wegen auch allen anderen US-Staaten sein, und sie müssten de facto die Heirat akzeptieren. Diese Tatsache hat wiederum eine neue «Anti-gay»-Kampagne in den Vereinigten Staaten ausgelöst; in den einzelnen Staaten ebenso wie in Washington. Dort wurde in beiden Kammern des Kongresses sogleich eine Gesetzesvorlage eingegeben, die verhindern sollte, dass andere US-Staaten gezwungen werden können, die Heirat zwischen Homosexuellen in Hawaii anerkennen zu müssen. Diese neue «Anti-gay»-Welle wird anscheinend von den konservativen Politikern auch genutzt, um Bill Clinton im Präsidentschaftswahlkampf zu stören. Es gilt sozusagen als gesichert, dass der republikanisch dominierte Kongress die Gesetzesvorlage annehmen wird. Will Clinton dies mit seinem Veto verhindern, verliert er Millionen von «Mainstream»-WählerInnen. Unterschreibt auch er, so stösst er all diejenigen homosexuellen WählerInnen endgültig vor den Kopf, welche ihn

1992 unterstützt haben und bis jetzt nur enttäuscht worden sind. Leider sieht es so aus, als habe der Präsident der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren von den Konservativen auch das skrupellose Rechnen gelernt. Er hat bereits mitteilen lassen, dass er die Gesetzesvorlage gegen die Anerkennung der Heirat unterschreiben werde. Das Potential der 3,2 % lesbischschwulen Wählerstimmen ist zu klein, um gegen die republikanische «Anti-gay»-Stimmung ankämpfen zu können. (ILGA 2/96)

Colorado

Vor vier Jahren wurde im US-Bundesstaat Colorado eine Initiative angenommen, die in einem Zusatzartikel zur Verfassung verlangt, dass Gesetze, welche die Bürgerrechte basierend auf der sexuellen Präferenz schützen wollen, nicht anerkannt werden. Damit wäre den Lesben und Schwulen eine gleichberechtigte Mitarbeit im demokratischen Prozess des Staates verwehrt geblieben. Glücklicherweise wurde dieser «Anti-gay»-Artikel jetzt vom obersten Gericht der Vereinigten Staaten für nichtig erklärt, da er die konstitutionelle Garantie für Gleichberechtigung unterlaufe. Wäre dieser Fall vom obersten Gericht abgesegnet worden, hätte dieser Zusatzartikel möglicherweise anderen radikalen Staaten als Präzedenzfall dienen können. (ILGA 2/96)

Zimbabwe

Die Zimbabwe International Book Fair (ZIBF) stand letztes Jahr unter dem Thema «Menschenrechte und Gerechtigkeit». An dieser wichtigen Messe in Harare, war auch ein Stand der Gays and Lesbians of Zimbabwe (GALZ) vorgesehen und zunächst auch bewilligt, später aber verboten worden. (vgl. foh 35/95). Mugabe wurde daraufhin von Protestbriefen aus der ganzen Welt überhäuft und die Mitgliederzahl der GALZ hat sich seit August 1995 verdoppelt. Dies hat Mugabe und einige Parlamentsmitglieder aber nicht daran gehindert, ihre schwulen- und lesbienfeindliche Politik im Parlament weiterzuführen. Im Vorfeld der Prä-

sidentschaftswahlen (die im März dieses Jahres stattgefunden haben) hat Mugabe, an einer interkonfessionellen Kirchenkonferenz am 28. Februar in Harare, vor der «homosexuellen Durchdringung» der Nation gewarnt und bezeichnete AIDS als Zeichen Gottes, das uns auf unsere Moral rückbesinnen solle. Zimbabwische Geistliche, welche einen starken Einfluss auf die Bevölkerung ausüben, unterstützten den Präsidenten und seine Politik. Die GALZ hat daraufhin erneut weltweit zu Protestbriefen an zimbabwische Geistliche aufgerufen. Darin soll eine den Tatsachen angemessene AIDS-Politik verlangt werden, v. a. Verbreitung richtiger Information, Präventivmassnahmen und staatliche Unterstützung für HIV-Positive oder an AIDS erkrankte Menschen.
(ILIS, Vol.17, 1/96)

Die Infos wurden von Karin Bidart, Sabine Herzog und Ariane Lendenmann zusammengestellt und – wo nichts anderes steht – von ihnen verfasst.



37

